

Kurdische Visionen

Die Zwillingenbrüder PKK und PYD (YPG)

HÜSEYİN BAĞCI

Geboren 1959 in Uzunköprü (Provinz Edirne, Türkei), Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor für Internationale Beziehungen an der Middle East Technical University, Ankara (Türkei).

HASAN HILMI GÜLLÜ

Geboren 1977 in Palu (Türkei), promoviert zur türkischen Innen- und Außenpolitik, ethnisch und religiös geprägtem Terrorismus und regionaler Sicherheitspolitik an der Middle East Technical University, Ankara (Türkei).

Nachdem die Verhandlungen im Lösungsprozess kurz vor den türkischen Parlamentswahlen im Juni 2015 gescheitert waren, öffnete die Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistan*, PKK) die Büchse der Pandora: Die Kampagne der „Demokratischen Partei der Völker“ (*Halkların Demokratik Partisi*, HDP) gegen das Bestreben des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, ein Präsidialsystem einzuführen, führte zu einem militärischen Angriff der Regierung auf die PKK. Nach den Neuwahlen im November 2015 lieferte die PKK der türkischen Regierung den Anlass, indem sie zwei Polizisten in ihren Wohnungen im Schlaf erschoss.

Die Regierung entsandte SWAT-Einheiten der Polizei, Kommandos der Streitkräfte und Panzereinheiten in Städte und Bezirke wie Sur in Diyarbakır, Cizre und Nusaybin, in denen die PKK Munition gehortet, Gräben ausgehoben, Minen gelegt und damit ein Schlachtfeld für einen erbitterten Häuserkampf geschaffen hatte. Die Veteranen der PKK stellten in diesen Städten Kämpfergruppen auf, bildeten und rüsteten sie aus. Die zögerliche Haltung der Regierung gegenüber diesen kriminellen und terroristischen Aktivitäten forcierte das Geschehen. Als die Zusammenstöße begannen, zahlte sich diese Vorbereitung sowie die im Kampf von Kobane von dem Islamischen Staat (IS) übernommene Taktik und Technik aus, sodass die PKK/YDG-H der türkischen Polizei und den Streitkräften, die keine Erfahrungen im Häuserkampf hatten, ernsthafte Verluste zufügen konnten.

Als jedoch türkische Sondereinsatzkräfte in den Städten aktiv wurden, erlitten die Mitglieder der PKK/YDG-H schwere Verluste und verloren die Kontrolle über die Städte und Bezirke. Die PKK veranlasste ortsansässige Kurden dazu, ihre Häuser zu verlassen, die dann von den Kämpfern als Bunker und Kampfgruben verwendet und letztendlich zerstört wurden. In der Folge wendeten sich die Anwohner, die die PKK zuvor lange unterstützt hatten, von ihr ab. Die PKK verlor die Unterstützung der Bevölkerung, die so in ihrem eigenen Heimatland zur Flucht gezwungen wurde.

„ZÜNGLEIN AN DER WAAGE“

Der Aufstand in Syrien 2011 und der darauffolgende Bürgerkrieg schufen die Grundlage für eine weitreichende Änderung der kurdischen Politik und Gesellschaft in Syrien. Nachdem die PKK 1998 aus Syrien vertrieben worden war, gründeten frühere Parteimitglieder 2003 die „Demokratische Unionspartei“ (*Partiya Yekîtiya Demokrat*, PYD). Die PYD ist ideologisch, organisatorisch und militärisch mit der PKK verbunden. Zuerst tauchte sie in Syrien als Stellvertreterin der PKK mit begrenztem Rückhalt in der Gesellschaft auf. Sie operierte im Geheimen und postierte die meisten ihrer Kämpfer außer Landes (ICG, 2014:5). Die PYD leugnet zwar, ein Zweig dieser Gruppe zu sein, aber sie gehört der „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ (*Koma Civakên Kurdistan*, KCK) an, einer Dachorganisation mit derselben Führung und denselben Statuten wie die PKK (ICG, 2013:8). Dank ihrer Verbindung zur PKK verfügt die PYD auch über eine eigene Ideologie sowie Zugang zu Ausbildung, Kämpfern und Waffen. Im Sommer 2012, als Syrien in streitende Splittergruppen und Machtbereiche zerfiel, unternahm die PYD große Anstrengungen, sich die Kontrolle über drei Gebiete mit hauptsächlich kurdischer Bevölkerung im Norden des Landes zu sichern: Jazira, Kobane und Afrin (Güneş, Lowe, 2015:4).

Obwohl die PYD über eine effektive, breite Basis verfügt, ist ihr Einfluss in Afrin, Kobane, Derik und Ra's al-'Ain (kurdisch: Serê Kaniyê) am größten. In diesen Gebieten hat die PYD schon lange die Kontrolle über die Straßen. Auch hat sich herausgestellt, dass die PYD im Hinblick auf die Proteste in Syrien ein doppeltes Spiel spielt. Als die Proteste begannen, war die Haltung der Partei eher pro Assad; danach orientierte sie sich politisch in beide Richtungen. Andererseits mischte sich die PYD in die Protestdemonstrationen anderer Parteien ein und wendete Gewalt an, um die Demonstranten zu überzeugen. So sollte verhindert werden, dass sich in den Gebieten, in denen die PYD die Kontrolle ausübt oder über Einfluss verfügt, andere kurdische Parteien gegen das Assad-Regime organisieren konnten.

FORDERUNGEN DER PYD

Die Ansichten der Partei lassen sich in zwei Forderungen zusammenfassen:

- demokratische Autonomie in kurdischen Gebieten ohne Regimewechsel,
- Selbstbestimmung für die Kurden in Syrien und Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage der Demokratisierung (ORSAM, 2012:24).

Als sich das Assad-Regime im Juli 2012 aus den kurdischen Gebieten in Nordsyrien zurückzog, war die PYD dank des Zusammenhalts ihrer Institutionen in der Lage, das Machtvakuum auszufüllen. Während der folgenden Monate profitierte sie von der wachsenden Schwäche des Regimes und der Fragmentierung der bewaffneten Opposition. Mit dem Regime ging sie Kompromisse ein, und ihr Kampf gegen die extremsten Elemente der Opposition verschaffte ihr Legitimität unter den syrischen Kurden (ICG, 2014:5).

Als im November 2013 der Name „Rojava“ („Westen“) als Kollektivbezeichnung für Westkurdistan eingeführt wurde, hatte sich der bewaffnete Flügel der PYD, die „Volksverteidigungseinheiten“ (*Yekîneyên Parastina Gel*, YPG), bereits als beherrschende militärische Kraft in fast allen von Kurden bevölkerten Gebieten in den Provinzen Hasakah, Raqqa und Aleppo etabliert. Die PYD übernahm de facto die Regierungsgewalt und leitete eine Übergangsregierung in dem Gebiet, das sie und die Kurden im Allgemeinen als Rojava (Westkurdistan) bezeichnen. Dazu gehören drei nicht benachbarte Enklaven: Afrin, Kobane (Ain al-Arab) und Cezire (die Region al-Jazira in der Provinz Hasakah). Die PYD sorgt mit ihren Militär- und Polizeikräften für Sicherheit, unterhält Gerichte und Gefängnisse und verteilt humanitäre Hilfe.

Am 30. Januar 2014 rief die PYD die Autonomie in Rojava (Acun, Keskin, 2016:17) aus. Nach der Erklärung der Autonomie hielt die PYD Wahlen zu den örtlichen Versammlungen ab. Zwar betont die PYD ihre Verpflichtung zum politischen Pluralismus und zu Vereinbarungen mit anderen kurdischen Parteien, aber es ist klar, dass die PYD in Rojava mit einer autonomen Regierung experimentiert (Güneş, Lowe, 2015:5).

ORGANISCHE VERBINDUNGEN

Die organische Beziehung zwischen der PYD und der PKK ist aufgrund der identischen Strukturen offensichtlich. Zwar behauptet die PYD, die PKK inspiriere sie ideologisch, unterstütze sie aber nicht materiell; trotzdem bestehen scheinbar gerechtfertigte politische und militärische Verbindungen. Die ideologische Bindung wird allein schon aus der Mitgliedschaft der PYD in der „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ (*Koma Civakên Kurdistan, KCK*) deutlich. Alle KCK-Parteien operieren unter der Führung Öcalans und sind seinem ideologischen Programm verpflichtet. In der Praxis wird der bekanntere Name PKK oft synonym mit KCK verwendet. Militärisch ist die YPG der PKK-Führung in Qandil unterstellt; in den Anfängen des Aufstandes in Syrien wurde die Führung der YPG von syrischen PKK-Kämpfern dominiert, die in diesem Stützpunkt ausgebildet wurden. In dem Maße, in dem die YPG ihre Kontrolle über Nordsyrien ausweitete und immer öfter mit Rebellen- und Jihadi-Gruppen zusammenstieß, stieg die Zahl der PKK-Angehörigen, zu denen auch Nichtsyrer gehörten. Es heißt, PKK-Kämpfer hätten Bataillone der YPG befehligt, eine führende Rolle bei strategischen Entscheidungen gespielt und die ideologische und militärische Ausbildung von Rekruten geleitet (ICG, 2014:9).

Der bewaffnete Arm der PYD, die „Volksverteidigungseinheiten“ (*Yekîneyên Parastina Gel, YPG*), wurde von der PKK in ihrem Hauptquartier im Qandil-Gebirge im Nordirak ausgebildet. Laut einem Interview, das die *International Crisis Group* (ICG) in Erbil mit einem der PYD nahestehenden Funktionär durchführte, entsandte die PKK im April 2011 1.000 bewaffnete Kämpfer, um den militärischen Flügel der PYD, die YPG, aufzubauen. Im einem weiteren Interview behauptete ein kurdischer Analytiker, die PKK habe als Teil einer Vereinbarung mit Iran 500 PKK-Kämpfer aus Qandil nach Syrien entsandt, wobei die Iraner Druck auf die PKK ausgeübt hätten, noch mehr Kämpfer aus Qandil zu entsenden (ICG, 2013:9).

Im Licht dieser Tatsachen kann man feststellen, dass die PKK nicht nur der Zwillingsbruder der YPG ist, sondern auch ihren bewaffneten Flügel gegründet hat, indem sie den Kader der YPG bei deren Entstehen aus ihren eigenen Kämpfern aufbaute.

KOBANE: EINE TRÜGERISCHE HOFFNUNG

Der bedeutendste Wendepunkt in der Geschichte der YPG, der Kampf um Kobane, ereignete sich im dritten Quartal 2014. Die PKK/YPG und der „Islamische Staat“ (IS) trafen zum ersten Mal Anfang Januar 2014 aufeinander. Nach Zusammenstößen mit syrischen Oppositionskämpfern besetzte der IS Gebiete, die sich von Raqqa, Hasakah und einem Teil von Aleppo nordostwärts

in Richtung der türkischen Grenze erstreckten und kurdisches Gebiet erreichten. Im Januar 2014 griff der IS eine Stellung der YPG in Hasakah an, wobei die YPG Verluste erlitt, aber den IS in der Stadt Manajir (Acun, Öner, 2014:7) aufhalten konnte. Beim weiteren Vorrücken des IS verlagerten sich die Zusammenstöße auf die von Kurden bewohnte Stadt Ain al-Arab, die nahe der türkischen Stadt Suruç liegt. Ende September 2014 belagerte der IS die unter türkischer Kontrolle stehende Provinz Ain al-Arab an der Grenze zwischen der Türkei und Syrien im Rahmen seiner militärischen Offensive gegen die kurdischen Streitkräfte der PKK/YPG in anderen Teilen Nordsyriens, die unter dem Namen Rojava bekannt sind. Unter Einsatz erfahrener Truppen, die sich kurz zuvor aus der Türkei zurückgezogen hatten, versuchte die als YPG auftretende PKK, der Offensive des IS entgegenzutreten; sie verfügte jedoch nicht über die militärischen Kenntnisse und Möglichkeiten, die erforderlich gewesen wären, um das effizienteste und komplexeste kämpferische Phänomen der Neuzeit aufzuhalten. Die Belagerung wurde zu einem staatenbildenden historischen Ereignis und machte Ain al-Arab unter seinem neuen kurdischen Namen, Kobane, zur Ikone.

Der intelligenteste Schachzug der PKK/YPG während der Zusammenstöße war der Gegenangriff gegen den IS in den Bergen des Dschabal Sindschar, um den Fall der Dörfer der Jesiden zu verhindern, die von der religiösen Minderheit im Nordirak bewohnt werden. Als der IS ihr Land angriff, konnte es keinen Zweifel daran geben, dass die Offensive zu einem massiven Gemetzel an den Jesiden führen würde. Da die nordirakischen Peschmerga die Jesiden nicht schützten und die Provinz Sindschar räumten, nachdem sie vom Vormarsch des IS gehört hatten, kämpfte die PKK/YPG gegen den IS, bis sich dessen Einheiten zurückzogen. Die Rettung der Jesiden machte die PKK zum „Oskar Schindler des Nahen Ostens“ und verhalf der Organisation bei den westlichen Demokratien zu größtmöglicher Legitimität, die der PKK bislang gefehlt und nach der sie jahrzehntelang gestrebt hatte.

Nach der erfolgreichen Rettung der Jesiden entschloss sich die amerikanische Regierung, mehr als 600 operative Luftschläge durchzuführen. Dabei wurden die Bodenziele vom Kommando für Spezialoperationen der Vereinigten Staaten (*US Special Operations Command, SOCOM*) bestimmt, das mit der PKK/YPG in Kobane zusammenarbeitete. Das Ergebnis war eine klare Niederlage und der Rückzug des IS. Diese militärische Leistung hat das Selbstvertrauen der PKK/YPG erheblich gestärkt und stellt eine Gründungsgeschichte dar, die nachfolgenden Generationen als Symbol einer möglichen Staatsgründung überliefert werden wird.

Durch ihre Bereitschaft, im Kampf gegen den IS zu sterben, bot sich der PKK/YPG die einmalige Gelegenheit, die Türkei als Bündnispartner des Westens im Krieg gegen den IS zu ersetzen und so zu einem neuen strategischen Partner des Westens zu werden, was ihr dabei helfen würde, sich in

absehbarer Zukunft zu einer legitimen und handlungsfähigen Streitkraft aller kurdischen Gemeinwesen im Nordirak und in Nordsyrien zu entwickeln.

Die PKK/YPG fand einen weiteren Verbündeten, als die Luftwaffe Russlands in den Syrienkonflikt eingriff. Dies erweckte jedoch die trügerische Hoffnung der PKK/YPG, ihre Macht überdehnen und ihre Ansprüche übertreiben zu können. Um ihre territorialen Ziele zu erreichen, begann die PKK/YPG ein Spiel mit beiden Mächten: den USA und Russland. Aus russischer Sicht war dies ein kühner, ermutigender Schachzug, der jedoch offensichtlich nicht intelligent war. Die PKK/YPG begann bald, beide Seiten gegeneinander auszuspielen, was die USA dazu veranlasste, die PKK/YPG als nicht voll vertrauenswürdig einzustufen.

VERSTÖSSE GEGEN DAS VÖLKERRECHT?

In einem Bericht von Amnesty International Ende 2015 wird der PYD vorgeworfen, Anwohner widerrechtlich vertrieben und ihre Heimstätten abgerissen zu haben, um Raum für die kurdische Bevölkerung zu schaffen. Die Menschenrechtsorganisation hat eine Reihe von Übergriffen dokumentiert, die von den Sicherheitskräften der autonomen Verwaltung in Gebieten Nordsyriens begangen wurden, welche unter ihrer Kontrolle standen. Zu diesen Übergriffen zählen Zwangsvertreibung, der Abriss von Wohnungen und die Beschlagnahme und Zerstörung von Eigentum. In manchen Fällen wurden ganze Dörfer zerstört, offenbar als Vergeltung für die vermeintliche Unterstützung des IS sowie anderer bewaffneter nichtstaatlicher Gruppen durch die arabischen oder turkmenischen Anwohner.

Besagte autonome Verwaltung wird seit Januar 2014 von der PYD geführt. Amnesty International hat in nordsyrischen Gebieten nachgeforscht, die unter der Kontrolle der autonomen Verwaltung stehen. Dabei wurden vierzehn Städte und Dörfer in den Gouvernements al-Hasakeh und al-Raqqa besucht und von den Sicherheitskräften der autonomen Verwaltung begangene Übergriffe festgestellt. Im Juli und August 2015 untersuchte Amnesty International die Zwangsvertreibung der Bewohner von zehn Dörfern und Städten in Gebieten unter der Kontrolle der autonomen Verwaltung: die Stadt Suluk und die umgebenden Dörfer, nämlich al-Ghbein, Ranin, Hammam al-Turkman, al-Maghat, Mela Berho und Asaylem, die Dörfer Abdi Koy und Tel Fweida in Tel Abyad und Tel Tamer und Husseiniya in Tel Hamis (Amnesty International, 2015:5).

Die Erkenntnisse von Amnesty International zeigen grundlegende Verstöße gegen die Bestimmungen des Völkerrechts, die die Zwangsvertreibung verbieten. Die Handlungen der PYD sind strafbare Verstöße gegen Artikel 6 des Nürnberger IMT-Statuts, Artikel 45, 49 und 147 der vierten

Genfer Konvention, Artikel 3(1) des vierten Protokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention von 1963, Artikel 13 des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte von 1966 und Artikel 22(5) der amerikanischen Menschenrechtskonvention von 1969.

VERSPIELTER FRIEDEN

Der Versuch der PYD, eine Version der politischen Vision der PKK in einem weiten Landstrich Syriens umzusetzen, ist bisher einmalig. Als eine seit ihrer Gründung im Verborgenen operierende Bewegung hatte sie nie zuvor die Möglichkeit, zu regieren. Ihre Vision ist jedoch eher vage, und der Übergang von der Theorie zur Praxis war chaotisch. Laut PYD besteht ihre Mission darin, die Gesellschaft als Ganzes zu reformieren und individuelle und kollektive Freiheiten zu fördern, einschließlich des Rechts zur freien Meinungsäußerung, der Gleichstellung der Geschlechter und der Achtung ethnischer und religiöser Identitäten (ICG, 2014:19). Angesichts ihrer Erfahrungen in der Türkei kann die PYD jedoch nicht erklären, wie sie als Ableger einer streng totalitären Führerpartei die Demokratie verwirklichen will.

Anscheinend haben die Kurden in der Region ihre große Chance verpasst. Sie hätten die Gelegenheit haben können, sich zu einer souveränen Macht zu entwickeln, aber der Weg zum Erfolg wurde ihnen von ihrem übermäßigen Ehrgeiz und ihren unrealistischen territorialen Zielsetzungen versperrt. Außerdem könnte die widerrechtliche Vertreibung der Bevölkerung aus den von ihnen übernommenen Ländereien in Zukunft sogar dazu führen, dass ihnen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Das Fazit ist, dass die Kurden die beste in der politischen Geschichte der Türkei bislang bestehende Gelegenheit zur Lösung der kurdischen Frage dadurch verspielt haben, dass sie sich in Syrien zu sehr auf ausländische Mächte verließen, für die es einfach war, die Kurden im Stich zu lassen, wenn ihre Dienste nicht mehr benötigt wurden. Mittel- und langfristig wird die Kurdenbewegung vermutlich eine Rückkehr zum Lösungsprozess anstreben; das wird aber nicht einfach sein, weil nach zwei tödlichen Selbstmordanschlägen innerhalb der letzten zwei Monate, bei denen 66 Zivilisten in Ankara getötet wurden, zu viel Blut an ihren Händen klebt. Die regionalen und globalen Auswirkungen der Ereignisse des letzten Jahres in der Türkei waren für die westlichen Mächte der Beweis, dass die Stabilität der Türkei für die Sicherheit und Stabilität Europas im Allgemeinen unabdingbar ist. Der Kampf der Türkei gegen den Terror der PKK wird auch nach weiteren Bombenanschlägen nicht enden. Zumindest beherrscht diese Ansicht das Denken sowohl der türkischen Regierung als auch des türkischen Volkes.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim